

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 173 (2007)

Heft: 7-8

Artikel: Künftige militärische Kooperation der Schweiz

Autor: Thomann, Eugen

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-71102>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Künftige militärische Kooperation der Schweiz

Zum zweiten Podium setzten sich drei Mitglieder der Sicherheitskommissionen der eidgenössischen Räte, Ständerat Dr. Hans Altherr von der Freisinnig-Demokratischen Partei, Nationalrat Dr. Arthur Loepfe von der Christlich-Demokratischen Volkspartei, Nationalrat Dr. Josef Lang von der Grünen Partei, mit den Referenten Dr. Uroš Svete und Nationalrat Jürg Stahl (Schweizerische Volkspartei) sowie dem Militärexperten Dr. Hans Rapold zusammen. Rasch entspann sich eine lebhafte Diskussion, die überraschende Gemeinsamkeiten, aber auch scharfe Gegensätze aufdeckte. Sie beschränkte sich nicht auf die ursprünglich allein in den Mittelpunkt gerückte Bündnisfrage, setzte sich vielmehr mit der ganzen – externen – militärischen Kooperation auseinander.

Eugen Thomann

Unbestrittene Notwendigkeit militärischer Zusammenarbeit

Aus teils sehr unterschiedlichen Gesichtswinkeln bejahten alle Schweizer Experten, dass unsere Armee mit anderen Armeen zusammenwirkt, dass die Schweiz grenzüberschreitend in irgendeiner Form Einsätze zu bestehen habe.

Aus grün-alternativer Sicht vermag nationalstaatliche Sicherheit uns nicht mehr vor den entscheidenden Risiken zu bewahren, sprengen Klimawandel, Energieknappheit, Wohlstandsgefälle den nationalen Rahmen. Das erfordert internationale Zusammenarbeit, und daran hat die Schweiz letztlich auch einen militärischen Beitrag zu leisten –, freilich einzig im Rahmen einer allfälligen Mission der Vereinten Nationen.

Auf der anderen Seite des Spektrums verkennt Jürg Stahl keineswegs das Bedürfnis, durch punktuelle Zusammenarbeit Lücken zu schliessen, die für den Kleinstaat zwangsläufig entstehen, weil er nicht allein sich gegen Fernbeschuss wappnen und unentbehrliche Informationen mit Satellitentechnik beschaffen kann. Das verspreche jedoch nur Erfolg, sofern die Schweiz überzeugend und geschlossen auftritt, was beispielsweise im Steuerstreit noch einiger-

massen gelingen könne, in Sachen Fluglärm aber völlig missglückt sei.

Jede militärische Zusammenarbeit genau auf bestimmte Risiken zuzuschneiden, forderte ergänzend Hans Altherr.

Aus dem Publikum steuerte Divisionär Peter Stutz den Hinweis bei, erfahrungsgemäss punkte die Schweiz bei Auslandseinsätzen mit wichtigen und wertvollen Nischenprodukten wie Helikoptertransporten, Militärpolizei oder Entminung.

Multilaterale Zusammenarbeit – und wenn, mit wem?

Zuvorderst in der Reihe möglicher Partner steht der Nordatlantikpakt (NATO), mit dem uns bereits die «Partnerschaft für den Frieden» (PfP) sehr lose verbindet. Für einen Bündnisbeitritt sprach sich niemand auch nur im Entferntesten aus; da haben sich die Reihen zumindest der Fachleute unter dem Eindruck der jüngeren Entwicklung offenbar geschlossen. Weiter reicht die Einigkeit freilich nicht: Während die einen Experten das Mitwirken an Einsätzen der NATO für möglich halten, sofern ein Mandat der Vereinten Nationen oder OSZE sie deckt, ist dergleichen in Josef Langs Augen mit der Neutralität nie zu vereinbaren. Skepsis klang auch an, als Jürg Stahl fand, wir brauchten der PfP nicht den Rücken zu kehren, sollten aber darin keinen Schwerpunkt erblicken, und aus

dem Publikum Divisionär Dominique Juillard empfahl, eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union anzustreben statt mit der NATO.

Dass die Europäische Union (EU) als denkbarer Partner sehr verschieden beurteilt wird, vermag nicht zu überraschen: Josef Lang forderte einen Schweizer Beitritt – und bekannte, damit der eigenen Haltung insoweit zu widersprechen, als die EU neuerdings Interventionen selbst ohne Mandat der Vereinten Nationen erwäge. – Jürg Stahl befürchtet dagegen, nach den Erweiterungen werde die schiere Grösse die EU zugrunde richten. – Schwer wiegen von slowenischer Seite, also von der Wissenschaft eines Mitgliedslandes formulierte Bedenken: Die 1997 im Vertrag von Amsterdam verankerte gemeinsame «Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik» wird dem eigenen Anspruch auf absehbare Zeit nicht gerecht, als Grundlage gemeinsamer Einsätze zu dienen, weil die Interessen der Mitglieder der EU zu sehr auseinanderstreben und es bisher nicht gelang, eine nennenswerte gemeinsame Streitmacht zu bilden.

Der Erkenntnis, dass krasse Notlagen – als Beispiel diene der Völkermord von Ruanda (1994) – internationale Interventionen auch militärischer Natur gebieten, entzieht sich nicht einmal der bekennende Pazifist Josef Lang. Wirksame Abhilfe versprechen laut seiner Analyse einzig Missionen der Vereinten Nationen (UN) –, nicht Mandate, die Staaten oder Koalitionen zum Eingreifen ermächtigen und das Vorgehen weitgehend den Ermächtigten anheim stellen.

Kompatibilität unentbehrlich

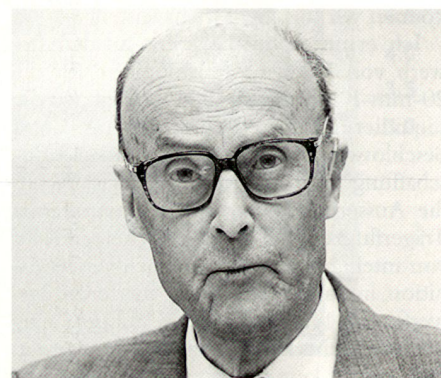
Ob die Votanten unter gewissen Bedingungen befürworteten, dass die Schweiz an multilateralen ausländischen Einsätzen mitwirke, oder ob andere mit Arthur Loepfe dafür eintraten, vermehrt die bilaterale Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn zu suchen –, immer wieder klang die Not-



Arthur Loepfe.



Hans Altherr.



Hans Rapold.



Einem Statement lauschende Diskussionsrunde mit (v.l. n. r.) Arthur Loepfe, Hans Altherr, Hans Rapold, Uroš Svete, Jürg Stahl, Josef Lang.
Fotos: Nydegger

wendigkeit an, unsere Armee, ihre Doktrin, ihre Verfahrensweisen, ihre Ausbildung und Ausrüstung darauf vorzubereiten. Einen wesentlichen Aspekt der Kompatibilität bildet die gemeinsame Sprache.

Eigenständigkeit

Niemand redete einem Bedürfnis das Wort, bei einem militärischen Bündnis oder bei Nachbarn Anlehnung zu suchen. Denn anders als beispielsweise Slowenien brauchen wir nicht in erster Linie kollektive Sicherheit anzustreben. Ebenso wenig bestritt jemand die Notwendigkeit, militärische Handlungsfähigkeit zu bewahren. Der Grad der Eigenständigkeit beschäftigte natürlich Podium und Publikum. Dabei kam Grundsätzliches zur Sprache, teilweise natürlich kontrovers:

■ Abgesehen von den wenigen Bereichen, wo dem beispielsweise gegen Fernbeschuss wehrlosen und nicht mit Satellitentechnik ausgerüsteten Kleinstaat Eigenständigkeit verwehrt bleibt, hängt die Eigenständigkeit einzig von seinem politischen Willen ab.

■ Keine Eigenständigkeit ohne Fähigkeit zu selbstständigen Operationen! Sie setzt angemessene Bereitschaft voraus, und dafür benötigt die Armee Durchdiener in einem grösseren Umfang. Hans Rapold erinnerte an die gefährlichen Bestandeslücken des für die Ausbildung verantwortlichen Berufspersonals. Derzeit fehlen 900 Köpfe. Hier herrscht akuter Handlungsbedarf.

■ Der stark geschrumpfte Verteidigungshaushalt steht nicht mehr im Einklang mit den von der Armee zu erfüllenden Aufgaben. Anpassung täte dringend Not. Wie

Hans Altherr vorrechnete, geben wir mittlerweile für Verteidigungszwecke jährlich die Hälfte dessen aus, was die Invalidenversicherung kostet. Und wenn die Sozialkosten beim Nachlassen der Wirtschaftsentwicklung wieder steigen, stehe zu befürchten, dass der auf dem Verteidigungsbudget lastende Druck noch wachse.

■ In den kommenden Jahren soll der grösste wehrpolitische Einzelkredit dem Teilersatz der am Ende ihrer Verwendbarkeit angelangten Flotte von «TIGER»-Kampfflugzeugen dienen. Dessen Notwendigkeit werde dem Stimmbürger genau zu begründen sein, war selbst von bürgerlicher Seite mahnend zu hören, weil die Furcht umgehe, die Heeresbedürfnisse könnten zu sehr leiden. Jürg Stahl, als Stabs-offizier der Luftwaffe mit der Problematik vertraut, beschied die Zweifler, falls nicht mindestens die Hälfte der 50 «TIGER» ersetzt würden, fehle es selbst an ausdauernder Luftpolizeikapazität –, von anderen Aufgaben der Kampfflugzeuge erst recht zu schweigen. Dann allerdings hätte die Schweiz den Luftschirm zugeklappt. – Auf der anderen Seite des politischen Spektrums will Josef Lang erst eine sicherheitspolitische Grundsatzdebatte führen, ehe im Winter 2007 an die Annahme selbst des blossen Projektierungskredites zu denken sei.

Sicherheitspolitische Entscheide gefordert

Endlich müssen die politischen Instanzen entscheiden, wie viel Eigenständigkeit wir benötigen und wo wir Einsätze im Aus-

land mittragen. Diesen «Schwarzen Peter» darf man nicht der Armeeführung zuschieben. Nicht nur für die Auslandseinsätze verdient der Appell Gehör, den Divisionär Peter Stutz, der Chef des Führungsstabes der Armee, aus dem Publikum vortrug: «Bitte, geben Sie uns einen Auftrag, und wir führen ihn aus!» ■



Josef Lang.



Jürg Stahl.



Uroš Svete.